

Fahrlässige Jubelmeldungen um Gratis-HPV-Impfung

Die nun auch in Österreich mögliche Gratis-HPV-Impfung soll Gebärmutterkrebs vermeiden helfen. Mit medial verbreiteten Halbwahrheiten wurden jedoch zu hohe Erwartungen geweckt.

Ingrid Zechmeister-Koss

Jetzt haben wir sie endlich auch in Österreich – die Gratis-HPV-Impfung. Und alle – inklusive der anfänglich Zögernden – sind glücklich; nicht nur der Gesundheitsminister, sogar der Exverteidigungsminister und diverse Frauenorganisationen der Parteien sind stolz darauf, etwas für die Frauen getan zu haben; denn nicht nur wird Österreich – so der Tenor der Medienbeiträge – in naher Zukunft frei von Gebärmutterhalskrebs und all seinen Vorstufen sein, nein, es wird auch kaum mehr Kopf-Hals-Tumoren geben, und das Übel der lästigen Genitalwarzen ist ebenfalls endlich beseitigt. Und davon profitieren auch die Männer.

Dass der Qualitätsjournalismus in diesen Jubel unkritisch einsteigt, Daten und Fakten sinnverfälscht präsentiert, ist weniger erfreulich. Ja, die HPV-Impfung reduziert hochwirksam jene HPV-Infektionen, die durch vier von mehr als hundert Human-Papilloma-Virustypen hervorgerufen werden. Die Folgen einer solchen Infektion, die jedoch keineswegs immer auftreten (Genitalwarzen, Krebsvorstufen, Gebärmutterhalskrebs und einige weitere Krebsarten), werden dadurch auch seltener auftreten; aber bis wir wirklich 70 Prozent (von derzeit 380 Neuerkrankungen jährlich) weniger Gebärmutterhalskrebsfälle in Österreich erwarten können, werden etwa hundert Jahre vergehen, und auch dann wird der Erfolg nur eintreten, wenn wir eine hohe Durchimpfungsrate erreichen und keine ungeimpften Menschen nach Österreich ziehen.

Bis dahin sterben weiterhin Frauen unnötig an Gebärmutterhalskrebs, weil vor lauter Begeisterung über die Impfung die Qualitätsverbesserungspotenziale bei der Krebsfrüherkennung ignoriert werden. Woher die im STANDARD vom 14. 8. zitierten, jährlich 700 durch Impfung vermeidbaren Fälle stammen, ist hingegen unbekannt und bei derzeit nur 380 neuen Krebsfällen pro Jahr völlig unsinnig.

Um der anderswo beobachteten Impfmüdigkeit bei der HPV-Impfung gleich vorzubeugen, ist jedes Mittel recht. Auch Halbwahrheiten sind erlaubt. So wurde in einem ZiB 2-Beitrag die geringe Inanspruchnahme der Masernimpfung betont und von einer 30-prozentigen Sterblichkeit bei Masern-Enzephalitis berichtet. Wie häufig eine Enzephalitis bei Masern überhaupt vorkommt, war nicht Gegenstand des Beitrags. Und so häufen sich die angstschürenden Zahlen, mit denen Menschen von der Impfung überzeugt werden sollen, während ausgewogene Beiträge kaum zu finden sind.

Dass die Kosten für die Impfung nun wesentlich geringer als die nach dem ursprünglichen Preis erforderlichen 24 Millionen Euro jährlich sein werden, ist zumin-



Gratis-HPV-Injektionen sind kein Allheilmittel: Die Krebsprävention muss viel umfassender erfolgen. Foto: AP

dest erfreulich. Ob mit diesem Geld anderswo mehr für Frauen getan werden könnte, sei es bei der Verbesserung der Früherkennung des Gebärmutterhalskrebses, die einen wesentlich schnelleren gesundheitlichen Nutzen für die Frauen hätte, bei der Bekämpfung erheblich häufigerer Krebsarten oder in ganz anderen Bereichen – etwa bei der professionellen Entlastung gratis pflegender Frauen –, wurde weder politisch noch in den Medien diskutiert.

Fest steht, dass die Einführung der HPV-Impfung erst der Beginn einer bisher völlig fehlenden Diskussion sein kann: nämlich jener, wie unter den neuen Bedingungen eine adäquate Gesamtpräventionsstrategie zum Gebärmutterhalskrebs aussehen soll. Nur die Impfung einzuführen und das Screening unverändert zu belassen ist nicht nur unverantwortlich für die betroffenen Frauen, sondern auch aus ökonomischen Gründen nicht akzeptabel. Es bleibt zu hoffen, dass dieses Thema auch nach der Wahl – und dann hoffentlich sachlicher – weiterbehandelt wird.

INGRID ZECHMEISTER-KOSS ist stellvertretende Leiterin des Ludwig-Boltzmann-Instituts für Health-Technology-Assessment und dort überdies Leiterin des Ressorts Gesundheitsökonomie.



Zechmeister-Koss: Diskussion ist viel zu unsachlich. F.: Boltzmann

HANS RAUSCHER

Europa und der brennende Rand des Mittelmeers



Was wird Österreich tun, wenn die ersten Muslimbrüder aus Ägypten hier um Asyl bitten? Dass sie von der entstehenden Militärdiktatur in ihrem Heimatland verfolgt werden, ist schwer zu widerlegen; dass es unter ihnen ein sehr starkes radikales Element gibt, ebenso wenig.

Zu diesem Dilemma gleich mehr. Zunächst eine kurze Reflexion darüber, dass die Situation in einigen arabischen Mittelmeer-Anrainerstaaten total aus dem Ruder läuft und was das für Europa bedeuten kann. Der „Arabische Frühling“ hat zwar die alten Diktatoren gestürzt, aber nichts Besseres nachkommen lassen. Libyen nach Gaddafi ist kein Staat, sondern eine Ansammlung von Stammesfürsten und Warlords. In Tunesien versuchen die gemäßigt-säkularen Kräfte eine totale Machtübernahme der Islamisten zu verhindern, mit ungewissem Ausgang. In Syrien ist der Diktator alten Stils noch nicht gestürzt, aber das Land verwüstet und die Anrainerstaaten Libanon, Jordanien, Irak destabilisiert. Wenn und falls die Revolution siegt, stehen die Islamisten zur Machtübernahme bereit. In Ägypten, dem wichtigsten arabischen Staat, zeigte sich besonders deutlich, dass Islamisten ein Wahlsieg nicht genügt. Sie wollen die gesamte Gesellschaft. Das wurde vorläufig durch die Armee verhindert, aber auch mit deren Brutalität kann man die Muslimbrüder und ihre Anhänger (30 Prozent der Bevölkerung) nicht „ausrotten“.

Das Ergebnis all dessen sind zunächst Flüchtlingswellen. In Südtalien landeten seit kur-

zem tausende (Boots-)Flüchtlinge aus Syrien und Ägypten. Eine allgemeine Welle aus den aufgewühlten Ländern des Mittelmeerrands ist eine realistische Möglichkeit. Italien, Griechenland, später vielleicht auch Spanien, wären dann endgültig überfordert.

Darunter werden etliche politische Flüchtlinge sein, und viele werden in Österreich um Asyl ansuchen. Die Regierung wird wohl etwas mehr an Expertise aufbieten müssen, um echte Radikale und Gewalttätige von jenen zu unterscheiden, die nur von den ägyptischen Militärs als „Terroristen“ abgestempelt werden.

Der brennende Rand des Mittelmeers ist ungemütlich nahe. Die Einflussmöglichkeiten der EU sind gering, aber nicht nonexistent. Die ägyptischen Militärs zeigen jetzt gegenüber europäischen Vorhaltungen eine Art von Autismus, aber selbst wenn Kredite und Hilfgelder vorläufig von den ultrakonservativen Golfarabern (und China) kommen, ohne Kontakt zu europäischen Institutionen, europäischer Technologie (und ohne europäische Touristen) kann auch der bornierteste General auf die Dauer nicht auskommen. Irgendwer muss die ägyptischen Militärs davon überzeugen, dass sie sich mäßigen müssen. Die Androhung von Einreiseverboten wäre vielleicht ein Druckmittel.

Europa hat eine arabische Welt vor seiner Haustür, die jetzt nur die Wahl zwischen bärtigen Fanatikern und sonnenbebrillten Generalissimi zu haben scheint. Die Transformation der arabischen Gesellschaften ist ein welthistorisches Ereignis. Europa bleibt wohl nur eine Politik der vielen, möglichst pragmatischen Schritte.

hans.rauscher@derStandard.at

Arktis-Bedrohung ist kein „Schauermärchen“

Studie durchaus beachtenswert: Replik auf einen Kommentar von Björn Lomborg

Björn Lomborg (DER STANDARD, 6. 8. 2013) zitiert in seinem Gastkommentar den *Nature*-Artikel über die arktische Eisschmelze als „außerordentliche Schreckensmeldung“ bzw. als „Schauermärchen“. Ferner wird der Kommentar „nicht als wissenschaftliche Studie“ bezeichnet, basierend auf einem „einzigem Verweis auf ein dubioses russisches Blatt“.

Nun ist zwar der Kommentar in *Nature* offenbar nicht „peer reviewed“, die Studie von G. Whiteman (Professor of Sustainability, Management and Climate Change, Erasmus University Rotterdam), C. Hope (Reader in Policy Modelling at Judge Business School, University of Cambridge), P. Wadhams (Professor of Ocean Physics, University of Cambridge) als „nicht wissenschaftlich“ zu bezeichnen ist jedoch unzulässig. Im Übrigen ist auch der Kommentar von Lomborg nicht „peer reviewed“.

Bei dem „einzigem Verweis auf ein dubioses russisches Blatt“ handelt es sich um den Artikel von N. E. Shakhova, V. A. Alekseev und I. P. Semiletov in *Doklady Earth Sciences* 430, 190–193

(2010), einer renommierten Fachzeitschrift der russischen Akademie der Wissenschaften, die in englischer Sprache vom Springer-Verlag herausgegeben wird. Alle drei Autoren sind im International Arctic Research Center, Fairbanks, Alaska, tätig. Alekseev und Semiletov auch im Pacific Institute of Oceanology, Russian Academy of Sciences, Wladiwostok. Im Übrigen ist die rezente Freisetzung von Methan aus Permafrostböden auch in anderen Arbeiten von Forschern nachgewiesen.

Björn Lomborgs Zitat einer Veröffentlichung in *Nature*, in der der

Einfluss von freigesetztem Methan nicht als katastrophal bezeichnet wird, fehlt leider. Jedoch erscheint der relativ kurze Zeitraum von zwölf Jahren für die Freisetzung von Methan aus Sibirien diskussionsbedürftig.

Immerhin ist die Anerkennung des Klimawandels durch Lomborg positiv zu werten, desgleichen auch die Anregung der drastischen Erhöhung der Ausgaben für Forschung und Entwicklung im Bereich erneuerbarer Energien.

GERT HOSCHEK, Institut für Mineralogie und Petrologie, Universität Innsbruck



Kaputte Straßen durch Schmelzen von Permafrostböden: Am kanadischen Dempster Highway sind Auswirkungen globaler Erwärmung zu sehen. Foto: AP